

Pflegende tragen die Konsequenzen der Unterfinanzierung: Investitionen sind dringend nötig

Die Diskussion über die finanziellen Auswirkungen der Pflegeinitiative hat begonnen. Schätzungen der Kostenfolgen, die das Bundesamt für Gesundheit (BAG) während eines «runden Tisches» in diesem Sommer zusammengetragen hat, werden nun im Vorfeld der bevorstehenden Kommissionsdebatte als Panikmache verwendet. Yvonne Ribi, Geschäftsführerin des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachpersonen (SBK), warnt: „Das teuerste Szenario wäre, wenn die Politik keine wirksamen Maßnahmen zur Erhöhung der Verweildauer im Beruf ergreift. Die Investitionen in die Ausbildungsoffensive wären damit verloren, und viele Pflegende würden weiterhin dem Beruf den Rücken kehren.“

Der SBK macht deutlich, dass sich die Situation in der pflegerischen Versorgung seit der Annahme der Pflegeinitiative am 28. November 2021 weiter verschärft hat. Der Bedarf an Pflegefachpersonen steigt weiterhin massiv an, und der Fachkräftemangel spitzt sich zu. Ribi betont: „Zu viele Pflegende steigen nach wie vor aus dem Beruf aus. Die Verzögerungen im politischen Prozess haben dazu geführt, dass flächendeckende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ausbleiben, obwohl Volk und Stände die Pflegeinitiative klar unterstützt haben.“

Der SBK fordert dringend Investitionen, um genügend Pflegefachpersonen auszubilden und die im Beruf Verbliebenen zu unterstützen. Dank der Pflegeinitiative werde nun endlich über diese Kosten diskutiert. „Der finanzielle Druck auf die Gesundheitsinstitutionen lastet schwer auf dem Personal. Viele Arbeitgeber sind nicht mehr in der Lage, faire Arbeitsbedingungen zu finanzieren oder gar Teuerungsausgleiche zu gewähren. Daher ist eine angemessene Finanzierung der Pflegeleistungen unerlässlich, um Verbesserungen zu finanzieren und das Fachpersonal im Beruf zu halten“, so Ribi weiter.

Die aktuelle Berichterstattung über die Kostenfolgen, insbesondere in der AZ, wird vom SBK als polemisch betrachtet. Ribi erklärt: „Die Kostenberechnungen sind vorläufige Schätzungen der Verwaltung und hängen davon ab, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen getroffen werden. Das Parlament hat noch keine Entscheidungen getroffen, und Aussagen über die Mehrkosten sind daher aktuell spekulativ. Wir können uns dazu nicht äussern.“

Der SBK setzt sich im politischen Prozess mit seinen Partnern dafür ein, mehrheitsfähige Lösungen für eine faire Finanzierungslösung dieser notwendigen Investitionen zu finden. Zudem betont der Verband, dass rechtliche Bestimmungen zur bedarfsgerechten Personalausstattung von der Kommission in die Umsetzung integriert werden müssen. Diese Maßnahme ist entscheidend für die Qualität der pflegerischen Versorgung und den Erhalt des Pflegepersonals im Beruf.

Yvonne Ribi

Geschäftsführerin SBK

yvonne.ribi@sbk-asi.ch | 079 830 48 50

SBK Geschäftsstelle Schweiz | Medien | Choisystrasse 1 | 3008 Bern |
Telefonzentrale 031 388 36 36 | media@sbk-asi.ch | www.sbk-asi.ch